

FBP steht für verantwortungsvollen Umgang mit Staatsfinanzen

Beitrag des FBP-Landtagsabgeordneten Elfried Hasler zur Haushaltspolitik

Die Finanzlage des Staates hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert.

Mussten in den Jahren 2010 bis 2014 noch bedrohliche Defizite im Betriebsergebnis von gesamthaft minus 562 Millionen Franken ausgewiesen werden, begannen die Massnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes ab 2015 ihre Wirkungen zu entfalten. Auch wenn die Zahlen zum Jahresergebnis 2019 noch nicht vorliegen, ist angesichts der im letzten Jahr boomenden Börsen jetzt schon klar, dass der Staat auch im vergangenen Jahr ein ausgezeichnetes Ergebnis – wohl im dreistelligen Millionenbereich – erzielt haben dürfte.

Während in der Legislaturperiode 2013–2017 noch akuter Handlungsbedarf zur Sanierung des in Schieflage geratenen Staatshaushaltes die Politik bestimmte, konnte der wiederhergestellte finanzielle Handlungsspielraum des Staates in der laufenden Legislatur für eine Legislatur des Gestaltens genutzt werden. Der Umfang der in dieser Legislatur bewilligten bzw. getätigten Zukunftsinvestitionen und Entlastungen zugunsten der Bevölkerung ist sehr beachtlich. Zahlreiche Investitionsprojekte wurden umgesetzt oder sind bewilligt worden. Steuern wurden gesenkt und Subventionen erhöht. Die Tabelle zeigt eine Auswahl solcher Massnahmen seit 2017.



FBP-Landtagsabgeordneter Elfried Hasler. (Foto: Michael Zanghellini)

Von diesen Massnahmen profitieren letztlich direkt oder indirekt alle Einwohnerinnen und Einwohner. Somit partizipiert auch die gesamte Bevölkerung von der erfolgreichen Sanierung des Staatshaushaltes und der wiedergewonnenen finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates.

Man kann einzelne der beschlossenen Investitionen und Entlastungen durchaus auch kritisch sehen. Das geht mir auch nicht anders. Dennoch dürfte es aber unbestritten sein, dass nach der erfolgreichen Sanierung des Staatshaushaltes, über alles gesehen, nun wieder zu einer Legislatur des Gestaltens übergegangen werden konnte. Dabei darf auch nicht vergessen werden, dass Gestalten nicht nur mit Geldausgaben gleichgesetzt werden darf. Auch die Umsetzung wichtiger Gesetzesprojekte, wie etwa des sehr innovativen «Blockchain-Gesetzes», sind wichtige Gestaltungsmassnahmen dieser Legislatur.

Investieren und Vorsicht bei neuen, wiederkehrenden Ausgaben

In seiner jüngsten Thronrede hat auch der Erbprinz den gezielten Einsatz von Staatsreserven für einmalig wir-

kende, grosse Investitionen unterstützt. Zu den jährlich wiederkehrend auf den Staatshaushalt wirkenden Massnahmen hat er sich kritisch geäussert, da diese kaum mit hohem Mehrwert für die Zukunft verbunden seien und den finanziellen Spielraum des Staates bereits reduziert hätten.

Auch für die FBP war es bei all den ergriffenen Massnahmen und neuen Begehrlichkeiten immer wichtig, in Bezug auf neue, jährlich wiederkehrende Ausgabenerhöhungen oder Einnahmensenkungen vorsichtig zu bleiben und gleichzeitig zukunftsgerichteten, primär einmalig auf den Staatshaushalt wirkenden Investitionen den Vorzug zu geben. So stand die FBP konsequenterweise auch einzelnen der aufgeführten sowie anderen, jährlich wiederkehrend wirkenden Ausgabenerhöhungen kritisch gegenüber.

Die FBP steht für einen verantwortungsvollen Umgang mit den staatlichen Überschüssen und Reserven. Unter Führung der FBP wurde mit der erfolgreichen Sanierung des Staatshaushaltes überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen, um in dieser Legislatur wieder gezielt umfang-

Legislatur des Gestaltens – Auswahl an Massnahmen seit 2017

Investitionen:

- Pflegeheim Mauren (CHF 13 Mio.)
- Rettungsstützpunkt des Roten Kreuzes (CHF 4,6 Mio.)
- Investitionsbeitrag an das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal (CHF 3,7 Mio.)
- Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur durch die LKW (CHF 35 Mio.)
- Neubau Dienstleistungszentrum des Landes (42,8 Mio.)
- Digitalisierungsoffensive an den Schulen mit Notebooks und Tablets (CHF 13,0 Mio.)
- Neubau Landesbibliothek (CHF 22,0 Mio.)
- Erweiterung Schulzentrum Mühleholz / G-Trakt Gymnasium (44,0 Mio.)
- Neubau Schulzentrum Unterland II (CHF 56,1 Mio.)
- Neubau Landesspital (CHF 69 Mio.)

Steuersenkungen:

- Kompensationslose Senkung der Mehrwertsteuer von 8,0 auf 7,7 % (CHF 7,5 Mio. jährlich)
- Diverse Steuersenkungen für natürliche Personen (CHF 3,0 Mio. jährlich)

Erhöhung von Subventionen:

- Erhöhung der Subvention der Krankenkassenprämien (CHF 4,0 Mio. jährlich)
- Erhöhung Beiträge Universität Liechtenstein 2020–2022 (CHF 1–1,5 Mio. jährlich)
- Erhöhung Beiträge Liechtenstein Institut 2020–2023 (CHF 0,25 Mio. jährlich)
- Ausweitung der Prämienverbilligung (ca. CHF 4,8–7,8 Mio. jährlich)
- Erhöhung Finanzausgleich für Naherholungsgebiete Triesenbergs (CHF 0,9 Mio. jährlich).

reiche Zukunftsinvestitionen und Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger tätigen zu können. Die FBP sieht sich daher in einer besonderen Verantwortung, den wiedergewonnenen finanziellen Handlungsspielraum des Staates auch zu bewahren. Es ist sehr einfach, die Staatsausgaben zu erhöhen; viel schwieriger ist es, dafür

zu sorgen, dass der finanzielle Handlungsspielraum des Staates auch mittel- bis langfristig erhalten bleibt. Auf die finanzpolitische Stabilität wird die FBP als Mehrheitspartei darum auch weiterhin grösstes Augenmerk legen, denn davon profitieren letztendlich alle Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Fortschrittliche Bürgerpartei

Redaktion:
Marcus Vogt

Adresse:
FBP, Herrngasse 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40

www.fbp.li
Mail: info@fbp.li



Road Pricing kann, muss aber nicht

Beitrag von Fraktionssprecher Daniel Oehry

Erneut legt die Stiftung Zukunft.li mit Road Pricing eine interessante Überlegung auf den politischen Tisch.

Autofahrer sollen für die Nutzung der Verkehrsinfrastrukturen Abgaben entrichten, die sich nach gefahrenen Kilometern und Zeitpunkt richten. Wer nach dem Modell von Zukunft.li an Werktagen mit dem Auto die Strassen zwischen 7 und 9 Uhr sowie 16 und 18 Uhr nutzt, bezahlt dafür. Damit sollen Stauzeiten entschärft und der Verkehr insgesamt entlastet werden. Gleichzeitig soll die Motorfahrzeugsteuer abgeschafft werden.

Persönlich bin ich für Studien und solche Überlegungen immer dankbar, weshalb ich eine ernsthafte Prüfung von Ideen immer gutheisse. Dass das Konzept Road Pricing für Liechtenstein prüfungswert ist, steht für mich ausser Frage. Es hat aber auch seine

Tücken. Viele Arbeitnehmende haben beispielsweise gar nicht die Wahl, ausserhalb der tarifierten Zeiten den Arbeitsweg zu bestreiten. Für Arbeitgeber und Vorgesetzte ist das oft einfacher. Zudem können sich Besserverdienende eine Abgabe leichter leisten als Geringverdiener.

Nach meiner Denkart ist Road Pricing ohnehin einfach eine weitere Massnahme im grossen Paket der Verkehrspolitik. Wir werden uns im Landtag mit dem Mobilitätskonzept beschäftigen und dabei sicher auch mit diesem Thema. Funktionieren wird so eine Massnahme ohnehin nur dann, wenn wir das Verkehrsthema insgesamt lösen, im Zusammenspiel mit Bus und S-Bahn und mit dem Ausbau der Fahrradinfrastruktur. Gerade mit letzterem Thema beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe innerhalb meiner Partei intensiv.

Wir denken daran, durch eine deutliche Verbesserung der Fahrradinfra-



Damit sich Stauzeiten entschärfen und der Verkehr entlastet wird. (Foto: SSI)

struktur – unter anderem durch attraktivere und verbesserte Fahrradwege, Vortrittsrechte und Abstellflächen – einen weiteren Meilenstein in

der Verkehrspolitik zu formulieren. Auch Unternehmen sind gefordert, durch ein attraktives und durchdachtes Mobilitätsmanagement einen

grossen Beitrag zu leisten. Wenn wir ein gelungenes Zusammenspiel aller Optionen erreichen, also mit Langsamverkehr, Motorisiertem Individualverkehr, ÖV mit Bus und S-Bahn, Fahrradinfrastruktur, Car Sharing Modellen, Parkplatzbewirtschaftung und allenfalls Road Pricing, dann werden wir einen wichtigen Schritt nach vorne erreichen.